Bayerische Studis schlagen Alarm!

Offener Brief an die Bayerische Staatsregierung

Schlussverkauf Bildung an Bayerischen Hochschulen

Studierendenvertretungen kritisieren mangelnde Finanzierung der Hochschulen

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Söder,
sehr geehrter Herr Minister Blume,
sehr geehrter Herr Minister Füracker,

wie sollen wir an bayerischen Hochschulen noch studieren? Die prekäre Haushaltslage an den bayerischen Hochschulen ist landesweit spürbar, insbesondere an den kleineren und mittelgroßen Hochschulstandorten. So müssen beispielsweise Studierende an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg Sanierungsmaßnahmen aus eigener Tasche bezahlen.

fzs

SCHLUSS VERKAUF % BILDUNG

Die schlechte Finanzierung der Hochschulen trifft sowohl die Infrastruktur, als auch Studierende, Lehrende und Mitarbeitende, die den Betrieb an Bayerns Hochschulen am Laufen halten. Die immer geringer werdende Zahl an Beschäftigten muss immer größere Aufgaben stemmen, während Studierende sich mit knappen Seminarplätzen, akutem Raummangel und schlechten Betreuungsverhältnissen arrangieren müssen. Dies hat unter anderem zur Konsequenz, dass die Studierbarkeit vieler Studiengänge akut gefährdet ist.

Doch diese Krise ist hausgemacht: All das ist nicht das Ergebnis eines plötzlich und unerwartet auftretenden finanziellen Engpasses, sondern die Folge einer jahrzehntelangen Sparpolitik. Hochschulen sollen vermeintlich „unternehmerisch“ agieren, werden aber gleichzeitig ihrer Handlungsfähigkeit beraubt. Davon zu sprechen, dass es sich im Doppelhaushalt 2024/2025 um Rekordinvestitionen handelt, spiegelt nicht die Realität an den Hochschulen wider, an denen – so zumindest an der Universität Passau – Konsolidierungen stattfinden. Damit sendet der Freistaat ein klares Signal an den Bund: Hier gibt es kein Geld für Bildung!

Damit wir an bayerischen Hochschulen weiter studieren, arbeiten und forschen können, braucht es eine Ausfinanzierung der Hochschulen. Gleichzeitig darf keine Umverteilung der Kosten zu Lasten der Studierenden erfolgen. Um Bildungsgerechtigkeit zu ermöglichen, darf Bildung nicht als Ware gehandelt werden. Sie ist ein Grundrecht, dass allen frei zustehen muss.

Studierendenvertretungen der Uni Passau, Uni Bamberg, Uni Augsburg und der Katholischen Stiftungshochschule München sowie der fzs (freier zusammenschluss von student*innenschaften)

AStA Sprecher:innen-Rat

STUVE BAMBERG

AStA Augsburg

StuVe Katholische Stiftungshochschule Campus München

fzs freier zusammenschluss von student*innenschaften